

Bundeskonzferenz der Arbeiterwohlfahrt 18./19. Okt. 1987 in Kassel

Antragsteller: Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Thema: Änderung der Struktur- und Inhalte des fachpolitischen Programmes

=====
Die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt möge beschließen:

1. Die Struktur des fachpolitischen Programmes wird wie folgt geändert:
 1. Grundlagen
 2. Rahmenbedingungen
 3. Standortbestimmung der Arbeiterwohlfahrt
 4. Fachpolitische Zielsetzung
 5. Verbandspolitische Grundsatzfragen

Die Aussagen zum Jugendwerk werden in den Punkt 5. Verbandspolitische Grundsatzfragen aufgenommen.
Das jetzige " Vorwort " wird in ' 1. Grundlagen ' umbenannt.

2. In das fachpolitische Programm wird ein Unterpunkt ' Emanzipationspolitik ' aufgenommen, der mindestens folgende Themen umfaßt:
 1. Gleichberechtigung von Frau und Mann
 2. Gleichstellungsregelung in der AW
 3. Soziale Sicherung für Frauen
 4. Frauen im politischen Leben
 5. Gewalt gegen Frauen
 6. § 218 StGB

Das Kapitel ' Familienpolitik ' wird entsprechend umgeschrieben.

Antragsteller: Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Thema: Änderung zum Fachpolitischen Programm

Die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt möge beschließen:

Die Einzelpunkte des Fachpolitischen Programmes

1. Vorwort
- 2.1. Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen
- 2.4. Jugend

werden wie folgt geändert:

1. Vorwort

Die Arbeiterwohlfahrt wurzelt in der Tradition der Arbeiterbewegung. Sie bekennt sich zum freiheitlichen und demokratischen Sozialismus. Sie kämpft für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität, Freiheit und für ein Leben in Menschenwürde und damit für das Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit für alle.

Gesellschaftspolitisches Ziel ist der soziale Rechtsstaat, in dem sich jeder Bürger in Verantwortung für sich und für das Gemeinwesen behaupten, seine Persönlichkeit frei entfalten und mitverantwortlich für andere leben kann.

Die Realisierung dieser Zielsetzung erfolgt durch ein gesellschafts-, sozial- und fachpolitisches Engagement auf allen Ebenen, mit dem Schwerpunkt einer Interessensvertretung für und mit sozial Benachteiligten, sowie einer praktischen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen und Kompetenzen von Betroffenen und Hilfebedürftigen orientiert.

Die Arbeiterwohlfahrt unterstützt daher Aktivitäten auf der Grundlage praktischer Solidarität, gegenseitiger Hilfe und Selbsthilfe. Sie fördert neue Formen gemeinsamen Lebens, Wohnens und Arbeitens, die helfen können, die Folgen gesellschaftlicher Isolation zu überwinden.

Mit einer selbstkritischen Überprüfung von Praxis und Konzeption leistet die Arbeiterwohlfahrt einen Beitrag zur fachlichen Weiterentwicklung vor allem in den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozial- und der Bildungsarbeit. Dabei wird der einzelne Mensch in der Verflechtung seiner sozialen Beziehungen gesehen. Die Arbeiterwohlfahrt begnügt sich nicht mit der Bekämpfung einzelner Symptome, sondern will möglichst alle Ursachen der Probleme in ihrer vollen Bedeutung erkennen, um auf dieser Grundlage langfristig wirksame Abhilfe zu schaffen.

Die praktische Arbeit der AWO muß stets verbunden sein mit gezielten gesellschaftlichen Impulsen, die den Vorstellungen des Verbandes -eine Gesellschaft in der die Werte des demokratischen Sozialismus 'Freiheit, Carechtigkeit und Solidarität' verwirklicht werden-, Nachdruck verleihen.

Kritikfähigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Engagement und solidarisches Handeln bestimmen das Bild der Arbeiterwohlfahrt vom Menschen in unserer Gesellschaft.

Die Voraussetzung für ein effektives Engagement ist ein fortwährendes Bestreben, die Fähigkeiten der Mitarbeiter zu verbessern, sowie die Organisationsstruktur auf Schwachpunkte zu untersuchen.

Ein Leitmotiv der Arbeiterwohlfahrt ist der Vorrang der öffentlichen Verantwortung. Staat und Kommunen sind an erster Stelle bei der Erfüllung des Anspruchs auf soziale Absicherung in Verantwortung zu nehmen.

Dem Abbau des Sozialleistungssystems tritt die Arbeiterwohlfahrt entschieden entgegen. Ehrenamtliche Arbeit und Selbsthilfe sind kein Ersatz für professionelle Leistungen staatlich finanzierter Institutionen. Nur in Ergänzung zum ausgebauten Netz sozialer Hilfeleistungen, können ehrenamtliche und nebenamtliche Mitarbeiter sinnvoll mit den professionellen Kräften kooperieren, und so zur quantitativen und qualitativen Verbesserung des Gesamtversorgungssystems beitragen.

Das gesellschaftspolitische Engagement der AWO darf Fragestellungen von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere in den Bereichen der Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik, nicht außer Acht lassen. Dabei ist sowohl der Zusammenhang einer Hochrüstungspolitik mit den Einschränkungen in der Jugend, der Sozial- und der Bildungspolitik, sowie der Armut in der sog. 'dritten Welt' wahrzunehmen, als auch die Tatsache, daß eine Fortführung der bisherigen Politik die menschlichen Lebensgrundlagen gefährdet.

2.1. Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen

Den Gefahrenpotentialen -Umweltzerstörung, Erschöpfen der Ressourcen, atomare Bedrohung, Verschuldung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit, Risiken der Neuen Technologien- steht die Ratlosigkeit der politisch Verantwortlichen gegenüber. Weder blinder Fortschrittsglaube, noch das Vertrauen in vermeintlich vorhandene Selbstheilungskräfte liefern die dringend notwendigen Antworten auf die anstehenden Fragen. Nur die Anstrengung und die Beteiligung möglichst vieler Menschen bietet die Chance, neue Gefahren rechtzeitig zu erkennen und bestehende abzuwenden.

Hochindustrialisierte Länder, wie die Bundesrepublik Deutschland, sind besonders intensiv von diesen Veränderungen betroffen. Die wissenschaftliche und technologische Entwicklung beeinflusst maßgeblich alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es gilt, die positiven Möglichkeiten - Humanisierung der Arbeit, mehr Freizeit - zu nutzen, gleichzeitig aber Gefahren rechtzeitig zu erkennen und Mißbrauch zu bekämpfen. Das betrifft besonders die Bereiche Informationstechnik und Gentechnologie. Experimente mit menschlichem Leben, die Freisetzung gentechnisch manipulierter Mikroorganismen oder 'Neue Medien' und perfektere Überwachungsmöglichkeiten bilden Gefahrenpotentiale, die in ihrem vollen Umfang noch gar nicht abzuschätzen sind.

Angesichts dieser Tatsachen muß die Arbeiterwohlfahrt dazu beitragen Öffentlichkeit zu schaffen, d.h. sie muß möglichst viele Bürger durch verständliche Informationen, aber auch durch klare Stellungnahmen auf solche Gefahren aufmerksam machen. Die Politiker bleiben i.d.R. um Jahre hinter der technologischen Entwicklung zurück, werden schließlich mit vollendeten Tatsachen konfrontiert und müssen dann den 'Sachzwängen' wesentliche Grundsatzpositionen opfern. Druck der Öffentlichkeit kann dazu beitragen Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, und Kontrollmöglichkeiten rechtzeitig wirksam werden zu lassen.

Die technologische Entwicklung hat zu einschneidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Langzeitarbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechten haben die Gesellschaft der Bundesrepublik gespalten. Zwei Drittel der Erwerbstätigen gehören zu den Kernbelegschaften in festen Beschäftigungsverhältnissen mit Tariflöhnen und sozialer Absicherung, ein Drittel ist arbeitslos oder unfreiwillig in nicht sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigungen, untertariflich entlohnt und von Armut betroffen oder bedroht.

Mit zunehmender Dauer von Arbeitslosigkeit und Armutspolitik verschärft sich dieser neue Klassengegensatz. Weniger Arbeit darf nicht dazu führen, daß zunehmend mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, sondern muß zu einer anderen Verteilung von Arbeit und Einkommen führen. Außerdem wird es unumgänglich sein, die Finanzierung sozialer Leistungen - insbesondere der Renten - auf eine neue Basis (z.B. Wertschöpfungssteuer, Arbeitnehmerfonds) zu stellen. Erwerbsarbeit wird auch künftig unsere Gesellschaft prägen, und jede Person, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen will, muß auch die Möglichkeit dazu erhalten. Der gesellschaftliche Stellenwert der Lohnarbeit hat sich allerdings gewandelt. Das Streben nach Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Teilhabe tritt mehr und mehr in den Vordergrund.

Die Chance, zunehmende Freizeit auch in den Dienst an der Solidargemeinschaft einzubringen, muß durch Initiativen und Unterstützung des Staates, der Kommunen und der Wohlfahrtsverbände genutzt werden. Vor allem auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das mehr an Freizeit, verstärkt die Möglichkeit bietet, zum selbstbestimmten Handeln und gesellschaftlicher Teilnahme.

Die zu erwartende Verschärfung der Gegensätze und Konflikte in unserer Gesellschaft erfordern grundlegende strukturelle Veränderungen. Der Stellenwert der Sozialpolitik muß an Bedeutung gewinnen, die soziale Grundsicherung garantiert, zudem muß eine gerechtere Einkommensverteilung geschaffen werden. Eine Veränderung der Finanzierungsmodalitäten in Teilbereichen der sozialen Sicherung ist dringlich erforderlich.

Eine aktive und problembewußte Sozialpolitik ist Grundvoraussetzung dafür, gesellschaftsübergreifende Probleme in den Griff zu bekommen und damit auch das Überleben der demokratischen Gesellschaft zu sichern.

Die Arbeiterwohlfahrt darf keinesfalls zulassen, daß einzelne Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und zugunsten Anderer benachteiligt werden.

Aus ihrem sozialpolitischen Verständnis heraus, darf sich die Arbeiterwohlfahrt aktuellen Problemen, wie Friedenssicherung, Umweltzerstörung und Nutzung der Kernenergie nicht verschließen und muß durch ihr Engagement zu einer Lösung beitragen.

2.4 Jugend

=====

Rechte der Jugend

Unsere Gesellschaft hat die vordringliche Verpflichtung gegenüber der jungen Generation Zukunftsfragen, für die vor allem die Stichworte 'Lernen', 'Ausbildung', 'Arbeit', 'Frieden' und 'Ökologie' stehen, nicht länger zu vernachlässigen. Die AWO stellt sich der Herausforderung, durch ihr Handeln für eine lebenswerte Zukunft von Kindern und Jugendlichen einzutreten und sie politisch einzufordern.

Der Anspruch junger Menschen auf Chancengleichheit, Teilhabe und Mitbestimmung muß in allen sie betreffenden Rechtsbereichen verwirklicht werden. Die Sicherung der Rechte junger Menschen darf sich nicht auf das Jugendhilferecht beschränken. Notwendig ist es daher, das Recht auf Bildung zu gewährleisten, gegebenenfalls durch materielle Ausgleichsleistungen. Das Recht auf Ausbildung ist in Gesetzen so zu fassen, daß es von jungen Menschen auch durchgesetzt werden kann. Der Jugendarbeitsschutz muß so gestaltet werden, daß der Schutz des jungen Menschen Vorrang vor Produktionszwängen erhält.

Ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden ist ein Rechtsanspruch auf Aufenthaltsberechtigung nach einem fünfjährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik einzuräumen. Ausländische Kinder, die in die Bundesrepublik einreisen, sollten so früh zu uns kommen, daß sie voll das deutsche Schulsystem durchlaufen können. Nur so sind gleichberechtigte Lebenschancen zu sichern.

Selbstbestimmung und Kreativität kann jedoch nur erreicht werden, wenn der Charakter der Jugendphase neu er- und anerkannt wird.

Jugend in der heutigen Gesellschaft, mit einer Vielzahl ausdifferenzierter Bereiche, ist mehr als ein bürgerlicher Spielraum, in dem mit überlieferten Orientierungen und Verhaltensweisen experimentiert wird.

Die heutige Jugendphase charakterisiert sich durch ihre ernsthaftigkeit mit der traditionellen Orientierung verworfen oder angenommen wird, mit der aber auch neue individuelle, soziale und kulturelle Ausdrucksformen entwickelt und im Alltag überprüft werden. Diese neuen Ausdrucksformen müssen anerkannt und gefördert werden, denn sie dienen Jugendlichen dazu, sowohl gesellschaftliche Widersprüche auszuhalten, als auch politisch gestalterisch zu handeln.

Jugendpolitik

Jugendpolitik muß als ressortübergreifende Querschnittspolitik alle gesellschaftlichen Felder, die die Gegenwart und die Zukunft junger Menschen bestimmen, wahrnehmen. Jugendpolitik heißt Verantwortung der Gesellschaft und ihrer Politiker, gegenüber den Lebens- und Entwicklungsbedingungen junger Menschen.

Ein Ziel der Jugendpolitik ist es, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß junge Menschen befähigt werden, ihre rationalen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten so zu entfalten, daß sie als selbstbestimmte Persönlichkeiten an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirken und ihre Interessen und Rechte wahrnehmen können.

Jugendpolitik steht in der besonderen Verpflichtung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern eine gesellschaftliche Grundlage zu schaffen. Jugendpolitik hat anzusetzen an den Interessen und Bedürfnissen der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Sie bezieht diese in ihre jugendpolitischen Bemühungen mit ein und bemüht sich um eine Stärkung der Subjektrolle junger Menschen. Dazu gehört auch die Entwicklung altersspezifischer Formen der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitbestimmung junger Menschen.

Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt ist ein Ausdruck der Partizipation junger Menschen in der AWO.

Jugendhilfe

Das Durchsetzen der Rechte der Jugend ist unter den augenblicklichen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stark beeinträchtigt. Insbesondere das Problem der Massenarbeitslosigkeit, mit ihren verheerenden Auswirkungen für die nachwachsende Generation, führt für einen größeren Teil der Jugend zu wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen.

Die verminderten Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen fordern die AWO heraus, im Rahmen ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, auch in der Jugendhilfepolitik Verbesserungen zu bewirken. Dabei leiten sie folgende Ziele:

- Chancengleichheit als Erziehungs- und Bildungsaufgabe der Jugendhilfe durchsetzen
- Angebote mit Ganzheitscharakter, die Freiheit, Lernen und Arbeit als Einheit begreifen
- Fachlichkeit durch personelle und sachliche Ausstattung der Angebote ausbauen
- Solidarität gegenüber sozial Benachteiligten und Förderung der Selbstorganisation (Hilfe zur Selbsthilfe)
- Rechtsanspruch auf Erziehung für alle Kinder und Jugendlichen sichern
- Weiterentwicklung der Angebote der Jugendhilfe unter den Vorzeichen 'Lebensweltorientierung', 'Beteiligung der jungen Menschen', 'Vernetzung der einzelnen Angebote miteinander'
- Die Benachteiligungen von Mädchen und Frauen muß die Jugendhilfe beispielgebend ausräumen.

Die Arbeiterwohlfahrt muß aber warnend ihre Stimme erheben, wenn immer mehr junge Menschen was die Wahrnehmung ihrer Grundrechte angeht, auf die Jugendhilfe angewiesen sind.

Handlungsfelder der Jugendhilfe

Die folgenden Forderungen richtet die Arbeiterwohlfahrt sowohl an die öffentliche und freie Jugendhilfe als auch an sich selbst:

Elementarbereich

Im Mittelpunkt der Elementarerziehung hat die Förderung der Gesamtpersönlichkeit des Kindes zu stehen. Deshalb müssen ausreichend Kindertagesstätten vorhanden sein. Jedes Kind hat ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Rückläufige Kinderzahlen sollten Anlaß sein, in vorhandenen Einrichtungen die Gruppenstärke zu verringern, das Raumangebot zu verbessern und soziale Lernziele zu betonen. Kindertagesstätten sind wohnortnah zu schaffen. Die Öffnungszeiten müssen den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt sein.

Die Förderung von Ausländerkindern sowie die Integration behinderter Kinder, bleiben dringliche Aufgaben. Elternarbeit und Elternmitwirkung sind weiter zu fördern. Eine intensive Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule soll den Übergang des Kindes in die Schule sinnvoll erleichtern. Die Zusammenarbeit bedarf der Initiativen und kreativen Ausgestaltung durch die Jugendhilfe.

Familienergänzende Hilfen

Zur Förderung des Erziehungsanspruchs von Kindern, zur Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Realisierung eines partnerschaftlichen Familienkonzeptes ist der Ausbau familienergänzender Hilfen unerlässlich. Kindertageseinrichtungen, Tagespflegestellen und Erziehungsberatungsstellen sowie auf das Wohngebiet bezogene offene Angebote müssen in qualifizierter Form und ausreichend verfügbar sein: Dies bezieht Angebote für Kinder unter 3 Jahren und Schulkinder ein. Die Öffnungszeiten sind flexibel zu gestalten. Ambulante Hilfen - etwa sozialpädagogische Familienhilfen - müssen ausgebaut werden.

Familienergänzende Hilfen müssen verstärkt auf die besonderen Lebenslagen Alleinerziehender ausgerichtet werden.

Wohngebietsbezogene Zusammenarbeit dieser Einrichtungen und Hilfe (Vernetzung) muß eine Zielsetzung sein.

Unterbringung außerhalb der Familie

Stationäre und ambulante Hilfen sind gleichberechtigt und ergänzen sich. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer 'Herkunftsfamilie' ist immer dann notwendig, wenn ambulante und teilstationäre familienergänzende Hilfen nicht geeignet sind, gesicherte Chancen für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten. Geschlossene Unterbringung wird abgelehnt; die Arbeiterwohlfahrt entwickelt hierzu alternative Konzepte. Die in den letzten Jahren vorangetriebene Differenzierung und Dezentralisierung - Ausbau von Verbundsystemen stationärer und ambulanten Hilfen, schulische und berufliche Qualifizierung, Therapie, Familienwohngruppen, Außenwohnungen, Jugendwohngruppen und betreutes Einzelwohnen - ist fortzuführen. Die Heranführung von jungen Menschen an die reale Lebenssituation muß einen stärkeren Stellenwert erhalten. Hierzu gehört auch die konsequente Verfolgung des Prinzips der selbständigen Versorgung und Verpflegung der Gruppen, sowie der regionalen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen. Neue Konzepte müssen öffentlichkeitswirksam vertreten werden.

Die Nachbetreuung aus Heimen entlassener junger Erwachsener muß als Aufgabe der Jugendhilfe abgesichert werden. Im Adoptions- und Pflegekinderwesen ist die sorgfältige Vorbereitung der aufnehmenden Familien bzw. der Adoptiveltern, die intensive Beratung, die kontinuierliche Begleitung erforderlich.

Jugendberufshilfe

Jugendhilfe muß über Beratung, Betreuung, berufsvorbereitende und berufshinführende Maßnahmen hinaus, auch Ausbildungs- und Arbeitsplatzprojekte durchführen. Diese müssen die jungen Menschen materiell absichern, und sie sozialpädagogisch unterstützen. Dabei ist darauf zu achten, daß Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch Perspektiven eröffnen. Das freiwillige soziale Jahr ist zu einem Berufsfindungsjahr auszubauen, und entsprechend zu finanzieren.

Sozialarbeit in Schulen

Schulsozialarbeit ist Aufgabe der Jugendhilfe. In der Schulsozialarbeit wurde der Ansatz offensiver Jugendhilfe aufgegriffen und zu 'Sozialarbeit in der Schule' weiterentwickelt. Gemäß dem Prinzip der Chancengleichheit, muß Schulsozialarbeit vor allem an Grund- und Hauptschulen praktiziert werden. Schulsozialarbeit ergänzt die schulische Arbeit durch komplementäre Angebote und Leistungen, die auf das soziale Umfeld abgestimmt sind. Sie orientiert sich an dem Ziel einer Gemeinwesenschule, die sich der Umwelt der Schüler öffnet und die Erschließung außerschulischer Lebenswelten fördert.

Jugendhilfe in der Schule sieht sich in einer Scharnierfunktion zwischen diesen Sozialisationsbereichen. Insbesondere greift sie jene Anteile des Gesamterziehungsprozesses auf, die aus der pädagogischen Praxis der Schule herausfallen, z.B. die Förderung und Stabilisierung von Selbstwert und die Entwicklung von Lebensperspektiven. Modellhafte Projekte, die positive Veränderungen bewirkt haben, müssen als Regeleinrichtungen abgesichert werden.

Offene Kinder - und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche sollen u.a. im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit lernen,

- ihre Lebensverhältnisse bewußt wahrzunehmen und zu gestalten,
- ihre eigenen Interessen zu vertreten
- solidarisches Verhalten einzuüben,
- Andersdenkende zu tolerieren
- neue kulturelle Formen zu entwickeln

Kinder- und Jugendarbeit vermag Erfahrungsräume zu schaffen, die junge Menschen zur Selbstfindung und zur Selbstbestimmung benötigen. Deshalb ist die Kinder- und Jugendarbeit (Ferienwerk, Stadtranderholung, pädagogisch betreute Abenteuerspielplätze, Spielmobile, Jugendzentren und -treffs u.a.m.) unbedingt auszubauen. Mädchenarbeit ist besonders zu fördern und zu unterstützen. Die offene Jugendarbeit eignet sich besonders den partnerschaftlichen Umgang der Kinder und Jugendlichen zu üben und zu praktizieren. Dabei sind insbesondere Kinder und Jugendliche zu fördern, die von Ausgrenzung bedroht sind. Gerade die offene Jugendarbeit muß sich sozialen, kulturellen und jugendpolitischen Entwicklungen und Themen gegenüber aufgeschlossen zeigen.

Dem Bestreben von Menschen, sich zusammenzuschließen oder in demokratischen Gruppen und Verbänden zu organisieren, kommt eine besondere Bedeutung zu. Dies wird durch die Arbeiterwohlfahrt in besonderem Maße unterstützt.

4.3. Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Die Gründung des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt war die grundlegende verbandspolitische Entscheidung für die Wahrnehmung der Interessen von Kindern und Jugendlichen durch einen selbstständigen Jugendverband.

Das Jugendwerk ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Gesamtverbandes geworden.

Es hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche mit den Werten des demokratischen Sozialismus vertraut zu machen. Auf allen Gliederungsebenen der AW ist das satzungsgemäße Recht der Jugendwerkgliederungen, ihre Arbeitsfelder selbstständig festzulegen, seitens der Arbeiterwohlfahrt zu respektieren und die Umsetzung zu fördern.

Die Arbeitsfelder des Jugendwerkes beschränken sich nicht auf die jugendpolitischen Fragestellungen, sondern beziehen alle Themen, die die Zukunft junger Menschen betreffen mit ein. Auf allen Verbandsebenen sind die Voraussetzungen für das Übertragen von Aufgaben der offenen Kinder- und Jugendarbeit an das Jugendwerk zu schaffen.

Das Jugendwerk wirkt in den Gesamtverband hinein, gibt Anregungen und wirkt bei Veränderungen in der Arbeiterwohlfahrt mit. Deshalb muß die AW als Verband offen sein, für die Initiativen junger Menschen und ihre Ideen in seinem gesellschaftspolitischen Engagement berücksichtigen, Impulse der Mitgestaltung und Veränderung sind in die Arbeitsfelder und Strukturen der AW aufzunehmen und umzusetzen.

Die Leistungen des Jugendwerkes, Jugendliche zu verbandlich sozialem Engagement zu motivieren sind anzuerkennen.

Zur Zeit klafft zwischen der Zielgruppe des Jugendwerkes und dem Altersschwerpunkt der AW-Mitglieder eine Spanne von ca. 30 Jahren.

Das unzureichende Angebot für AW-Mitglieder nach Überschreitung der Jugendwerkaltersgrenze muß dringend durch attraktive Arbeitsfelder im Ehrenamtlichen Bereich ergänzt werden.